

Einbeziehung der Nationalsozialisten.

Die Verhandlungen der hinter der Bürgerlichen Einheitsliste stehenden Parteien und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Zwecke der Regierungsbildung in Braunschweig haben zu einer Einigung geführt. Die Regierung soll statt bisher drei nur noch von zwei Ministern gebildet werden. Von den Bürgerlichen wird der frühere Finanzminister Dr. Rüchenthal, der deutschnational ist, vorgeschlagen werden. Der nationalsozialistische Ministerkandidat ist Amtsgerichtsrat Dr. Franken in Kiel.

Von der „Landeszeitung“ wird das Programm des bürgerlichen Blokes und der N. S. D. A. P. veröffentlicht. Danach fordert u. a. der bürgerliche Block Aufstellung einer genauen Bilanz des Staatsvermögens, auf Grund deren zu prüfen ist, ob das Land Braunschweig noch als lebensfähig angesehen werden kann. Prüfung der Frage, ob die Entfernung eines sogenannten Parteibuchbeamten ohne Ruhegehalt erfolgen kann. Von den nationalsozialistischen Forderungen ist hervorzuheben: Herabsetzung des Ministergrundgehaltes von 18 000 auf 12 000 Mark, Säuberung der Landesverwaltung von Beamten und Angestellten, die ohne besondere Vorbildung und Eignung nur auf Grund ihres Parteibuches in den Staatsdienst gekommen sind und anderes mehr.

Die Leistungszulagen der Beamten

Eine Aufgabe des Bahnschutzes durch den Bahnpolizeidienst der Reichsbahn ist ganz unmöglich, denn er ist zur Verhütung von Verbrechen gegen die Sicherheit des Betriebes durchaus erforderlich, und nach einem Urteil des Reichsgerichts liegt der Reichsbahn sogar die Pflicht ob, die Verantwortung für die Sicherheit zu tragen.

Leipzig 28. September.

Der Zeuge, Oberleutnant Böhr bleibt unvereidigt. Er hat einen Brief von Ludin bekommen, auf dem oben stand: Bitte zu verbrennen. Böhr ist nach Berlin gefahren, um sich mit Ludin zu treffen. Es hat eine vierstündige Unterredung stattgefunden. Ueber Einzelheiten erklärt sich Böhr nicht, er will jedoch Ludin darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß er für keine überspannten Sachen zu haben sei. Auf die Frage des Vorliegenden, ob er nicht Ludin habe gleichgestimmte Kameraden nennen sollen, erwidert der Zeuge, darauf hätte er sich gar nicht eingelassen. Darauf erklärt der Präsident, der Zeuge habe in der Voruntersuchung viel weitergehende Angaben gemacht. Schließlich gibt Böhr zu, daß Ludin zu ihm gesagt habe, die jetzige Regierung müsse durch eine andere ersetzt, die Kriegsschuldfrage beseitigt und der Vertrag von Versailles gerissen werden. Böhr erklärt, die Fassung des Protokolls des Untersuchungsrichters klinge trassler als die Wirklichkeit.

klimmer und dem Rechtsanwalt Dr. Sad.
Auf die Frage des Vorsitzenden an Böhrr, ob Ludin ihn beauftragt habe, Maßnahmen zu veranlassen und bei einem etwaigen Falsch nicht zu schweigen, erklärt Böhrr, er habe das Ludin sofort ausgedrückt. Der Gesamteindruck ist, daß der Zeuge Böhrr seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter in allen Teilen abzuschwächen bemüht ist.

Billiges Frühstück für die Minderbemittelten
Berlin, 29. September.

Das zollfreie Gefrierfleischkontingent ist bekanntlich am 1. Juli zur Geltung gekommen. Mit Rücksicht auf die starren Vereinbarungen des Handels wurden auf Grund der im Gesetz vorgelassenen Uebergangsfrist noch bis zum 30. September 12 500 Tonnen Gefrierfleisch zur zollfreien Einfuhr zugelassen. Entsprechend einer Erklärung, die der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bei der Beratung des Gesetzes abgegeben hat, wird die Ausgestaltung, nach dem sämtlich beteiligten Kreise gehört sind, vom 1. Oktober an folgende vorläufige Regelung in Kraft sein: Die Minderbeiträgen in den Gemeinden, denen bisher zollfreies Gefrierfleisch zugeteilt war, erhalten künftighin Gutscheine zum verbilligten Bezug von Gefrierfleisch. Aus der Gemeinde ist es, den Kreis der wirklich Minderbeitragenden festzustellen. Die Verbilligung soll 20 Rpf. pro Pfund betragen. Die erforderlichen Geldbeträge werden den Gemeinden von der Reichsregierung übermiffelt.

Angefliss des ungewöhnlich starken Absinkens des Weizenpreises am Weltmarkt hat die Reichsregierung auf Grund der Ermächtigung im Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft vom 15. April 1930 den **Johlfuß für Weizen vom 15. April auf 18,50 RM je Doppelzentner mit Wirkung vom 28. September erhöht**. Die entsprechende Verordnung ist im Reichsanzeiger vom 27. September veröffentlicht.

Der Abrüstungsausschuss hat den der Völkerverversammlung vorzulegenden Bericht über die Abrüstungsfrage genehmigt. In diesem Bericht ist die angenommene Entschliessung enthalten. Außerdem wird der Inhalt der von Deutschland vorgelegten Entschliessung in ihren wesentlichen Punkten wiederholt und entsprechend dem Beschlusse des Ausschusses der Völkerverversammlung ausgesprochen, dass die allgemeine Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1931 einberufen werde. Der deutsche Vertreter stimmte dem Bericht zu, kündigte aber an, dass die deutsche Delegation sich bei der Abstimmung hinsichtlich der Entschliessung in der Völkerverversammlung der Stimme enthalten werde, da ihr kein festes Datum für den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz angegeben werde.

Die Verurteilten im Bessel-Prozeß, Ali Höhler und Genossen, haben durch ihre Verteidiger gegen das Urteil des Schwurgerichts Revision beim Reichsgericht eingereicht.

Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern ist gestern im Alter von 84 Jahren in München verstorben.

Der Prinz war am 2. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Prinzregenten Luitpold geboren. 1915 trat er an die Spitze der neunten Armee, wurde 1916 Oberbefehlshaber Ost und hatte entscheidenden Anteil an den deutschen Siegen in Polen und Rußland.

Raumburg. Das Preussische Ministerium des Innern hatte im vorigen Jahre ein Verbot von Geschwindigkeitsrennen erlassen, die durch bewohnte Orte führen. Ausnahmen sollten nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden. Obwohl für das Rennen „Rund um Döbichau“ diese Bedingungen erfüllt sind — die Strecke ist unter großen Kosten renoviert worden — wurde die Abhaltung des Rennens behördlich verboten. In Raumburg herrscht darüber große Enttäuschung.